

20 000 neue Kleinwohnungen für Berlin. Der Berliner Magistrat hat an den Reichskommissar für das Wohnungswesen eine Eingabe gerichtet, die den Fortschritt der von Berlin in Angriff genommenen Abhilfe der Wohnungsnot in Berlin darlegt. Aus der Zahl der leerstehenden Kleinwohnungen, Läden, Kontore, Fabrikräume, Werkstätten und dergl. sollen etwa 20 000 Kleinwohnungen ausgebaut und so unter Aufwendung erheblicher Mittel und durch Abschluß von Verträgen mit den Vermietern Wohnungen für heimkehrende, verheiratete und jetzt wohnungslose Kriegsteilnehmer geschaffen werden. Reich und Staat sind um Erstattung der sehr erheblichen Aufwendungen, die die von den städtischen Körperschaften bewilligten 5 Millionen Mark stark übersteigen, angegangen worden. Unabhängig hiervon soll zur Belebung des Neubaus besonders von Kleinwohnungen, eine Organisation geschaffen werden, die für die vom Reich und Staat in Aussicht gestellten, den Gemeinden unmittelbar auszuführenden Bauzuschüsse als Subventionsträger zu dienen geeignet ist. Dieser Organisation soll, wenn möglich, Gesellschaftsform und über Berlin hinaus sich erstreckende Reichweite gegeben werden. Eine Reihe wichtiger Bauvorhaben werden geprüft und es werden für sie dann die entsprechenden Bauzuschüsse beantragt und bewilligt werden. Der Magistrat hat schon jetzt seinen Anspruch auf anteilmäßige Zuteilung aus den Reichs- und Staatsmitteln an Berlin angemeldet.